

Zeitschrift:	Der Armenpfleger : Monatsschrift für Armenpflege und Jugendfürsorge enthaltend die Entscheide aus dem Gebiete des Fürsorge- und Sozialversicherungswesens
Herausgeber:	Schweizerische Armenpfleger-Konferenz
Band:	26 (1929)
Heft:	6
Artikel:	Unterstützungswohnsitz einer Familie
Autor:	[s.n.]
DOI:	https://doi.org/10.5169/seals-836980

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 29.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

gen Arme npflege: ca. 12,000,000 Fr. Insgesamt wurden also in der Schweiz im Jahre 1927 für Unterstüzungszwecke **74,405,155 Fr.**, oder auf den Kopf der Bevölkerung (1920: 3,880,820) 19,17 Fr. verausgabt.

Unterstüzungswohnsitz einer Familie.

(Entscheid des Regierungsrates des Kantons Luzern vom 11. März 1929.)

Tat bestand: Mit Eingabe vom 6. Oktober 1928 führte das Waisenamt Hohenrain Beschwerde gegen dasjenige von Eschenbach, weil sich dieses weigerte, im Unterstüzungsfall der Familie des B.-H. von Eschenbach die alleinige Unterstüzungspflichtig anzuerkennen. Der Ehemann B.-H. habe seit einigen Jahren in Kleinwangen (Hohenrain) gewohnt, aber schon vor der Geburt des zweiten Kindes nicht mehr mit der Familie zusammengelebt. Februar 1927 habe er in Hochdorf eine Wohnung gemietet und verlangt, daß die Frau mit den Kindern dorthin ziehe. Sie habe sich aber geweigert. Die Schriften habe B. am 6. März 1927 in Hohenrain enthoben. Da weder eine Trennung noch eine Scheidung der Ehe vorliege, sei der Wohnsitz des Mannes für denjenigen der Familie bestimmend und in Hohenrain somit aufgehoben. In seiner Vernehmlassung vom 31. Oktober 1928 stellte sich der Gemeinderat von Eschenbach auf den Standpunkt, es handle sich um einen Fall böswilligen Verlassens der Familie. Der Familienwohnsitz sei nach wie vor in Hohenrain, weshalb letztere Gemeinde zum Teil unterstüzungspflichtig sei. In der Replik vom 15. November 1928 hielt das Waisenamt Hohenrain an seinem Standpunkt fest und betonte die Weigerung der Frau, ihrem Manne in die gemietete Wohnung zu folgen.

Mit Entscheid vom 11. März 1929 hat der Regierungsrat die Beschwerde gutgeheißen.

Erwagungen:

Wenn der Gemeinderat von Eschenbach sich darauf beruft, die Ehefrau des B.-H. habe einen selbständigen Wohnsitz, so übersieht er, daß die an die Familie zu leistenden Unterstützungen so lange als Unterstützungen des Familienhauptes gelten, als die Familie durch die elterliche Gewalt und das Eheband eine rechtliche Einheit bildet. Wenn dem Vater die elterliche Gewalt über die Kinder nicht entzogen und die Ehe nicht aufgelöst ist, bildet die Familie eine Unterstüzungseinheit im Sinne des Armengesetzes, und maßgebend inbezug auf die Unterstüzungspflicht ist der Wohnsitz des Familienhauptes. Von dieser Praxis, wie sie durch den Entscheid vom 13. September 1926 i. S. Anna Maria Zimmermann eingeleitet worden ist, abzugehen, hat der Regierungsrat keinen Anlaß. Wenn anfänglich (vgl. Entscheid vom 1. April 1926, Amtl. Uebersicht S. 54 ff.) im gegenteiligen Sinne entschieden wurde, indem man auf das tatsächliche Moment des Bezuges der Unterstützung abstelle, so zeigte sich in der Folge bald die Unmöglichkeit, ein anderes Kriterium als das Bestehen der elterlichen Gewalt und des Ehebandes aufzustellen bei der Prüfung der Frage, wer als unterstüzt zu gelten habe.

Diese Lösung dürfte wegen ihrer Einfachheit in der Meinung des Armengesetzes liegen. Wollte man nämlich denjenigen Personen derselben Familie, die einen selbständigen Erwerb und Wohnsitz haben, einen eigenen Unterstüzungswohnsitz zubilligen, so käme man zu einer Ordnung, die sich zum Teil an die komplizierte Regelung des interkantonalen Konkordates betreffend die wohnörtliche Unterstützung anlehnt. Nicht bloß hätte die Ehefrau in gewissen Fällen einen vom Manne getrennten Unterstüzungswohnsitz, sondern auch die erwerbsfähigen min-

derjährigen Kinder, die gemäß der bundesgerichtlichen Praxis einen eigenen zivilrechtlichen Wohnsitz aufweisen können (BGH 45 II 241). Wenn eine solche Ordnung der Meinung des Armengesetzes entspräche, so wäre sie, zumal da das Konkordat als Musterbeispiel vor Augen gestanden hätte, zweifellos ausdrücklich erwähnt worden. Aus dem Schweigen des Gesetzes ist zu schließen, daß ein Auseinanderfallen der Familie, solange sie familienrechtlich zusammengehört, nicht gewollt ist. Diese Auffassung ist denn auch bisher in der Praxis zur Durchführung gekommen, und sie hat sich nicht zuletzt wegen des klaren Kriteriums, daß der Ermittlung der Unterstützungseinheit zugrunde gelegt wird, bewährt.

Auf den vorliegenden Fall angewandt, ergibt dieses Kriterium, daß die Familie des B.-G., der die elterliche Gewalt über die Kinder besitzt und dessen Ehe noch rechtsgültig besteht, ihren Unterstützungswohnsitz am Wohnorte des Familienhauptes hat und somit von der Ortsbürgergemeinde Hohenrain nicht unterstützt werden muß. Es mag übrigens noch bemerkt werden, daß die Annahme eines selbständigen Unterstützungswohnsitzes der Ehefrau B.-G. nicht ohne weiteres zum nämlichen Schluß für die Kinder geführt hätte; denn wenn die Frau zwar einen eigenen Wohnsitz, im Hinblick auf Art. 25, Abs. 2, hätte, so wäre daraus noch nicht abzuleiten, daß die Kinder diesen Wohnsitz teilen.

Schweiz. Heimischaffungen im Jahre 1928. Das Tempo der Erledigung der Heimischaffungsbegehren der Polizeiabteilung des eidgen. Justiz- und Polizeidepartements durch das Ausland weist im Jahre 1928 eine kleine Besserung auf. Es übernahm seine Angehörigen im Durchschnitt nach 150 Tagen (1927: 177): Italien — hierin sind allerdings zwei Begehren, von denen vier über ein Jahr und zwei über zwei Jahre pendent waren, nicht inbegriffen — nach 102 Tagen (1927: 70); Frankreich: Von den drei Begehren nach Polen wurde eines nach einem Jahre bewilligt; die übrigen blieben unerledigt. Der Verkehr mit Deutschlandwickelt sich ordentlicherweise direkt zwischen den kantonalen und deutschen Behörden ab. Auch Heimischaffungen nach österreichisch Tirol und Vorarlberg zwischen den kantonalen Behörden und den Bezirksamtmannschaften der erwähnten Länder werden direkt erledigt. — Den an die Schweiz gerichteten Heimischaffungsbegehren des Auslandes wurde durchwegs innert viel kürzerer Zeit entsprochen. Die Begehren Italiens nahmen bis zur Erledigung im Durchschnitt 12 Tage, diejenigen Frankreichs 21 Tage in Anspruch. (Aus dem Bericht des Schweizerischen Bundesrates über seine Geschäftsführung im Jahre 1928.)

— Wiedereinbürgerungen. Im Jahre 1928 behandelte die Polizeiabteilung des eidgen. Justiz- und Polizeidepartements 675 (im Vorjahr 643) Wiedereinbürgerungsgesuche, wovon 169 aus dem Vorjahr übernommen waren. Die Gesamtzahl der im Berichtsjahre eingebürgerten Personen betrug 808. Die Polizeiabteilung hat im Jahre 1928 neue Richtlinien für die Wiedereinbürgerungspraxis festgesetzt zu dem Zwecke, zu einer strikteren Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen zurückzukehren. Gemäß diesen Richtlinien sollen fünfzig minderjährige Kinder, die ursprünglich von der Wiederaufnahme der Mutter ausgeschlossen waren, nicht mehr durch nachträgliche Verfügung aufgenommen werden können, da der Gesetzesstext eine solche nachträgliche Aufnahme nicht kennt. Die Frage der Aufnahme der Kinder ist im Zeitpunkte der Wiedereinbürgerung der Mutter endgültig zu regeln, und es ist von einem Ausschluß der Kinder nach Möglichkeit abzusehen. Wo die Aufnahme der Kinder sich als unmöglich erweist, ist eventuell der Mutter selbst die Wiederaufnahme zu verweigern. Die Einheit